Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 619. **Donnerstag** den 5. December 1901. **95. Jahrgang.**

Der Zolltarif im Reichstage.

* Zur Ergänzung dessen, was wir im gestrigen Abendblatte auf Grund der Berichte über die Zolldebatte des zweiten Berathungstages schrieben, und zugleich als Ergänzung des von uns ebendaselbst ausgesprochenen Urtheils über die Botschaft des Präsidenten Roosevelt stellen wir nachstehenden Brief mit, in dem ein Ohrenzeuge der vorgestrigen Reichstagssitzung deren Bedeutung sowohl wie die der Botschaft Roosevelt's würdigt:

Ω Berlin, 4. December.

Wenn es überhaupt der Zweck der ersten Lesung eines Gesetzes, das die Leidenschaften aufgewühlt hat, wäre, einen Zweck zu haben, so hätte man am zweiten Tage der Berathung gegen ½4 Uhr, als die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Roosevelt bekannt wurde, einfach aufhören und zu Gunsten der Commission vorläufig abbauen sollen. Denn was im Allgemeinen etwa noch zu erwägen gewesen wäre, erledigt jenes von jenseits des Oceans gekommene Schriftstück: Deutschland muß seine Production besser schützen, da Amerika auf der Bahn des vielfach an Prohibition streifenden Protectionismus bleiben zu wollen erklärt. Mit Mc Kinley's letzter Rede, die Vielen eine ernstliche Umkehr anzudeuten schien, ist nichts mehr anzufangen, das erkennt übrigens im ersten Augenblicke der Bestürzung sogar ein freihändlerisches Blatt an. Die Union ist das Land, das fast ganz Europa die Richtung der eigenen Handelspolitik vorzeichnet. Vor allem aber Deutschland vorzeichnet. Gerade von Amerika werden Landwirthschaft und Industrie unseres Reiches gleichmäßig bedroht, und wenn wir nicht Waffen schmieden, uns gegen dieses Land zu vertheidigen oder es zu größerer Billigkeit im gegenseitigen Verkehr zu vermögen, so abdiciren wir weltwirthschaftlich. Nicht wegen Rußlands, nicht wegen Oesterreichs, Italiens ꝛc. ist eine Zollreform unbedingt nöthig geworden, sondern wegen Amerikas. Wenn die Botschaft auch auf die erste Berathung keinen Eindruck übt, so schulden wir Herrn Roosevelt doch Dank dafür, daß er in der Botschaft gerade in diesem Augenblicke die Fortsetzung der amerikanischen Hochschutzpolitik proclamirt.

Und welches Hochschutzes! Graf Posadowsky wurde im Reichstage unterbrochen, als er die Frage, ob Deutschland mit der Zollreform den Weg des Hochschutzzolles betrete, verneinte. Die Lärmer kannten offenbar die geltenden und angewendeten, gar nicht für die Presse bestimmten amerikanischen Sätze und die sie verschärfenden allgemeinen zollgesetzlichen Bestimmungen Amerikas nicht. Was Deutschland sich jetzt geben will, genügt nur, um andere Staaten zu Zugeständnissen zu bewegen, und ist wenig im Vergleich zu dem amerikanischen, hauptsächlich auf die Offensive, die Ueberschwemmung des Auslandes berechneten Zollschutze.

Einsichtige Deutsche können sich jetzt nur noch um das Maß des deutschen Zollschutzes im Einzelnen streiten, principiell ist uns die Erhöhung aufgezwungen. Bei dieser Sachlage erscheint die große Rede des Grafen Posadowsky fast zu gut. Die aus purem Händlerinteresse oder aus parteipolitischen Gründen nicht Wollenden belehrt sie nicht und für alle Anderen stößt sie offene Thüren ein. Aber sie mag wohl als moralische Nothwendigkeit erschienen sein, die Vorlage noch einmal vom allgemeinen volkswirthschaftlichen Standpuncte zu rechtfertigen, und dieser Aufgabe hat sich der bisher noch niemals dergestalt glückliche Staatssekretär des Innern geradezu glanzvoll entledigt und nicht wie ein Vertheidiger, sondern als Ankläger der Gegner. Auf Einzelheiten braucht nicht eingegangen zu werden. Aber hervorgehoben sei die unwiderlegliche Bemerkung, daß Deutschland, wollte es, um das Ausland zum Freihandel oder wenigstens zu mäßigerem Zollschutze zu verlocken, seine Zölle aufheben oder es mindestens bei dem bisherigen Zustande belassen, genau so verfahren würde, wie bei dem Versuche, die Zuckerausfuhrprämie zu beseitigen. Niemand ist uns nachgefolgt. Es war eine tugendhafte aber falsche, mit ruinösen Wirkungen drohende Speculation auf die Selbstlosigkeit der andern Staaten.

Nun aber das Hauptergebniß der Verhandlung, das einzige handfeste, das sie voraussichtlich gezeitigt haben wird. Graf Bülow hat der Annahme, daß es irgend eine maßgebende Stelle geben könne, die Handelsverträge unter allen Umständen wolle, den Garaus gemacht. Ihm scheinen solche Verträge „wünschenswerth und erstrebenswerth", von Nothwendigkeit ist nicht die Rede. Wäre die Nothwendigkeit vorhanden, so würde es sich auch nicht um Verträge, sondern um Unterwerfung handeln. Das versteht sich ja von selbst, aber es war gut, daß der höchste verantwortliche Diplomat des Reiches ausdrücklich betonte: „Allerdings bin ich nicht der Ansicht, daß Deutschland sich in einer Zwangslage befinde, die uns nöthige, um jeden Preis, unter jeder Bedingung mit anderen Nationen Handelsverträge zu schließen. Ich bin der Ansicht, daß diejenigen Staaten, mit denen wir im Vertragsverhältnisse gestanden haben, genau dasselbe Interesse wie wir haben, diese Verträge fortzusetzen auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Anständigkeit. Wir haben dasselbe Recht wie die anderen Nationen, unsere Wünsche zur Sprache zu bringen."

Alles dieses hatte die deutsche Opposition bestritten, und daher wurde sie vom Reichskanzler zwar als dumm — „Ich will einmal sagen: Naivetät" — aber auch als „unpatriotisch" und „demokratisch" gebrandmarkt. „Ich beneide die fremden Minister des Aeußeren um den Eifer, mit dem ihnen die Besorgung ihrer Geschäfte von deutscher Seite erleichtert wird." Damit sind die „Agenten des Auslandes" officiell als solche gestempelt.

Graf Bülow erkennt den Werth der Handelsverträge „rückhaltlos" an, nicht ihre absolute Unentbehrlichkeit; er will sie, aber sie müssen „annehmbar" für Deutschland sein. Um nun zu solchen Verträgen zu gelangen, erscheinen die vorgelegten Gesetze geeignet. Der Kanzler sprach auch über den Canal. Die Angelegenheit geht den Reichstag nur in einer Beziehung an: Canal- und Zollgesetzgebung dürfen nicht in das Verhältniß von Leistung und Gegenleistung zu einander gebracht werden. Darüber beruhigt uns der Kanzler vollkommen. Das preußische Project wird „mit der Zeit realisirt" werden, mit anderen Worten: in diesem Winter wird kein Versuch zu seiner Realisirung gemacht werden.

Und ein Drittes. Dort, wo der durch eine spöttische Bemerkung über die „Weltpolitik" dazu provocirte Graf Bülow die Nothwendigkeit einer gesunden Heimathpolitik hervorhob, ist es ihm zwar nicht eingefallen, beides zu contrastiren — im Gegentheil —, aber er schien es passend zu finden, die Weltpolitikfanfaren, die ohne sein Zuthun durch die deutsche Welt geschmettert sind, durch behutsame Notenänderung etwas ins Chamadenhafte zu transponiren. Bestand diese Absicht, so ist sie sehr zu loben. Unsere Zukunft liegt — politisch und handelspolitisch angesehen — nicht allein auf dem Wasser. Es ist verdienstlich von einem verantwortlichen Minister, dies wenigstens anzudeuten, ebenso wie es vom Grafen Posadowsky verdienstlich gewesen, durch das Wort „Deutschland ist weder nur Industrie- noch nur Agrarstaat" ein entgegengesetztes, einst „zum großen Leide" für die Nation gefälltes officielles Urtheil officiell hinwegzuräumen. Hoffentlich für immer.

Man folgt einem Brauche, nicht einer Nothwendigkeit, wenn man die von Abgeordneten in dieser ernsten Berathung vorgetragenen Aeußerungen streift. Die Sache liegt so, daß man bei den Rednern im voraus weiß, was sie sagen werden, und daß die Positiven noch nichts Greifbares sagen können. Die Parteien, von denen sich etwas erwarten läßt, sind selbst noch nicht in sich einig, sie wissen nicht, wie sie sich, vom Princip abgesehen, verhalten werden. Am Dienstag sprach Herr Dr. Spahn vom Centrum lange und, soweit er vernehmlich, nicht uninteressant, aber er sagte doch im Grunde, daß er noch nichts sagen könnte. Als „Mann ohne Rar und Halm", als den sich vorstellte, rückte der Abgeordnete für einen rheinischen Bezirk das landwirthschaftliche Interesse in den Vordergrund, ohne der Nichtberücksichtigung der Industrie und des Verbrauchs das Wort zu reden. Beides verstand sich bei dem Redner wohl von selbst. Er machte einen bemerkenswerthen Gesichtspunct geltend: in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht hat man Grund, eine möglichst große Anzahl selbstständiger Wähler, und zu diesen gehören die Bauern, zu erhalten. Sehr wahr, und wir räumen bereitwillig ein, daß mit diesem Bestreben auch dem specifisch städtischen Interesse gedient wird. Das Moment spricht für ausreichenden landwirthschaftlichen Zollschutz, es spricht aber auch für die Colonisation des Ostens, der die Partei des Herrn Abg. Dr. Spahn nicht gerade wohlwollend gegenüberstellt. Nach Herrn Spahn, so heißt es, sollen noch drei Centrumsmitglieder reden. Es wird also stark nuancirt werden; übrigens werden auch die Nationalliberalen drei oder vier Wortführer vorschicken. Das bayerische Centrum wird Herrn Dr. Heim sprechen lassen. Der Abgeordnete Spahn schien ihm den Weg in Bezug auf die Gerste ebnen zu wollen, doch war er gerade an diesem Puncte schwer verständlich. Der Centrumsführer legte auch ein gutes Wort für den im Tarif nicht berücksichtigten Gemüsebau ein, was auch in anderen zollpolitisch gemäßigten Kreisen Vielen nicht unsympathisch sein wird. Die Mehreinnahme aus den erhöhten Zöllen will der Abgeordnete für eine Wittwen- und Waisenversorgung verwendet wissen. Es ist schon oft dargelegt worden, warum dieser Weg nicht gangbar ist. Man kann dauernde, noch dazu stets wachsende Ausgaben nicht auf außerordentlich schwankende Einnahmen basiren und man kann dies am wenigsten bei Einnahmen aus Schutzzöllen, deren erster Zweck es ist, die Einfuhr zu mindern, was eine Verringerung des Ertrags zur Folge hat. Die eigentliche Lebensbestimmung des Schutzzolls ist der Selbstmord.

Herr Richter sprach auch zwei Stunden lang, aber seine Rede ist wie Hauch im Winde. Hätte er den Kanzler nicht zu werthvollen Auslassungen, die aber auf jeden Fall erfolgt wären, veranlaßt, so wäre diese Rede nicht erwähnenswerth. Er selbst rühmt in seiner Zeitung, daß er viel Heiterkeit erregt habe. Nun ja, es giebt Leute, die den erschütternden Kaufmann von Venedig nur ansehen, um sich an den Späßen des Lancelot Gobbo zu belustigen. Leute von der Art belachen auch die Witze und die mit Komik vorgetragenen Citate des Herrn Richter. Es war davon die Rede gewesen, daß der Grad der Brodvertheuerung durch das Backgewerbe noch nicht recht erforscht und der Verdienst der Bäcker wohl nicht gering sei. Darauf Herr Richter: „Da werden Sie doch besser selbst alle Bäcker und lassen Ihre Söhne statt Cavallerieofficiere Bäckermeister werden." So argumentirt der Führer der Freihandelspartei im deutschen Parlamente, der „große" Richter. Die „Nationalzeitung" ist denn auch sehr unzufrieden mit seiner Rede. Sie müßte weniger Geschmack und Verstand haben, als sie thatsächlich besitzt, wenn es anders wäre.

Der Krieg in Südafrika.

Gladstone über die südafrikanische Frage.

Als im Jahre 1878 eine gewisse Partei auf den Krieg in Südafrika hindrängte, äußerte Gladstone sich dahin: Das wichtigste sei die Frage, ob ein solcher Krieg gerecht oder ungerecht sei. Er schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Eine solche Frage kann auch nicht durch militärische Erfolge beigelegt oder für immer mundtodt gemacht werden, weil das Schwert — dem Herrn sei Dank! — nicht das entscheidende Mittel bei der Regelung von Streitfragen zwischen civilisirten Völkern ist; auch vermag selbst eine Mehrheit im Parlamente nicht, eine derartige Frage zu entscheiden. Dem Volke gehört die Verantwortung und Abstimmung, und auf jedem Mann, der seine Stimme für einen ungerechten Krieg in die Waagschale wirft, fällt die Schuld und die Scham. Nicht jene Kundgebungen, die das leicht erregbare Gemüth der unteren Volkshaufen entzünden, sollten den vernünftigeren und einsichtigeren Mann aus dem Volke beeinflussen, er soll geraden Weges dem Ziele zustreben und nicht von der Gerechtigkeit der Sache abweichen. Sie Alle kennen die Tragödie unseres großen Shakespeare, in der Lady Macbeth nach einer ununterbrochenen Reihe von Erfolgen und nachdem sie durch Ströme Blutes sich den Weg gebahnt, das höchste Ziel eines Sterblichen, die Krone, ihr eigen nennen konnte. Doch mit ihr erkaufte sie eine Umdüsterung des Geistes und nachtwandelnd irrt sie in den Gemächern des Schlosses umher. Und was sagt sie, am Ziele ihrer Wünsche, auf der höchsten Staffel des launigen und verrätherischen Glückes: „Hier riecht's noch immer nach Blut! Und alle Wohlgerüche Arabiens verfüßen nicht diese kleine Hand."

„Diese Krankheit geht über meine Kunst", meint traurig der ergebene Arzt, der die leidende Königin behandelte. Nun, meine Herren, die Krankheit eines schlechten Gewissens geht über die Kunst aller Aerzte der Welt. Es steht mit ehernem Griffel in den Gesetzen Gottes geschrieben, daß der Sünde die Strafe folgt. Ein ungerechter Krieg ist eine ungeheure Sünde. Die Frage, die Sie sich bei einem Kriege vorzulegen haben, ist also: Ist er gerecht oder ungerecht? Ist das Letztere der Fall und haben wir somit eine Sünde, eine ungeheure Sünde vor uns, so wird nach den Gesetzen Gottes die Strafe nicht ausbleiben. Der Tag wird kommen, ob früh oder spät, wo das englische Volk zu dem Bewußtsein kommt, daß eine nationale Ungerechtigkeit die sicherste Straße zum nationalen Niedergange ist."

Ist Chamberlain so mit sich zu Rathe gegangen, bevor er die Kriegsfackel in die Gefilde Südafrikas warf?

Deutsches Reich.

B. **Leipzig**, 4. December. Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler hier theilt seinen Mitgliedern mit, daß der preußische Cultusminister gestattet hat, das neue Regelbuch für die neue Rechtschreibung den Verlegern zu eigenem Gebrauche in einzelnen Büchern schon jetzt zugängig zu machen. Es wird dazu bemerkt, daß die Fassung des Regelbuches als endgiltig noch nicht anzusehen ist, weshalb die jetzt ausgegebenen Exemplare weder in den Handel gebracht, noch sonst der Oeffentlichkeit übergeben werden dürfen. Ein gleiches Entgegenkommen hat der österreichische Minister dem Buchhandel zugesagt. Das Buch ist betitelt: „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichniß."

+ **Berlin**, 4. December. (Reichstagsersatzwahl in Schaumburg-Lippe.) Die freisinnigen Parteien werden gegenwärtig vom Unglück verfolgt; wie die freisinnige Vereinigung in dem Dr. v. Siemens, so hat die freisinnige Volkspartei in dem Kammergerichtsrath a. D. Müller, Vertreter von Schaumburg-Lippe, einen ihrer hervorragendsten und angesehensten Abgeordneten verloren, und es dürfte ihr bei ihrem notorischen Mangel an Nachwuchs schwer fallen, einen angemessenen Ersatz für die nothwendig gewordene Reichstagsersatzwahl zu finden. Der Wahlkampf in diesem Wahlkreise wird freilich durch zwei besondere Umstände sehr erleichtert: einmal ist der Wahlkreis so klein — er ist der kleinste im ganzen deutschen Reiche —, daß ein Bewerber mit einer Stimmenziffer siegen kann, mit der er in einem anderen Wahlkreise auch noch nicht annähernd Aussicht hat, in die Stichwahl zu gelangen, und zweitens handelt es sich seit länger als zwei Decennien im Wesentlichen nur um zwei Parteien, Conservative und Freisinnige, die in annähernd gleicher Stärke einander gegenüberstehen. Die Nationalliberalen, die den Wahlkreis bis zum Jahre 1878 inne hatten, haben von den Wahlen von 1884 ab überhaupt keinen Candidaten aufgestellt, und die Socialdemokraten haben im letzten Jahrzehnt so gut wie gar keine Fortschritte gemacht: bei den Wahlen von 1890 erhielten sie 1100, bei den nächsten 1300 und bei den letzten allgemeinen Wahlen 1250 Stimmen. So dürfte auch diesmal der Ausgang lediglich zwischen den Conservativen und den Fortschrittlern liegen, und da die letzteren in der Stichwahl selbstverständlich von den Socialdemokraten unterstützt werden, so kann der Sieg des von der freisinnigen Volkspartei aufzustellenden Bewerbers wohl schon jetzt als gewiß angenommen werden.

ℌ. **Berlin**, 4. December. (Bündlerische Machtpolitik.) Das genaue Ergebniß der Reichstagsersatzwahl in Wiesbaden enthält eine beherzigenswerthe Lehre für den Bund der Landwirthe. Dort ist der freisinnige Bewerber mit 6391 Stimmen in die Stichwahl gekommen, während der von den Conservativen und den Nationalliberalen gemeinsam aufgestellte Candidat 5440, der Candidat des Bundes der Landwirthe 910 Stimmen erhalten hat. Rechnet man die beiden letzteren Stimmenziffern zusammen, so ergeben sich 6350 Stimmen; es fehlen somit noch nicht 50 Stimmen, die der nationalliberale Bewerber sicherlich auch noch erhalten hätte, wenn die Aufstellung eines eigenen bündlerischen Candidaten nicht eine Zersplitterung im Lager der nationalen Parteien hervorgerufen hätte. Alsdann wäre an Stelle des fortschrittlichen Bewerbers der nationale Candidat in die Stichwahl mit dem Socialdemokraten gelangt. Was hat nun die Aufstellung eines eigenen Candidaten dem Bunde der Landwirthe eingebracht? Erstens hat er seine eigene Schwäche documentirt, denn sein Bewerber hat glücklich etwa 3 Procent der abgegebenen Stimmen erhalten, und zweitens kommt jetzt unter allen Umständen ein unbedingter Gegner jeder Erhöhung der Getreidezölle in den Reichstag, während Herr Bartling für eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle eintreten zu wollen erklärt hatte. Wenn die Socialdemokraten in jedem Reichstagswahlkreise einen eigenen Candidaten aufstellen, so haben sie von ihrem Standpuncte aus Recht, denn sie stehen jeder bürgerlichen Partei feindlich gegenüber; wenn aber eine bürgerliche Partei sich vollkommen von der rage du nombre beherrschen läßt, so wird sie, wie der Wiesbadener Fall zeigt, nur zu oft ihren Hauptgegnern in die Hände arbeiten.

* **Berlin**, 4. December. (Die Entschädigung in London.) In österreichischen Zeitungen wird der Erfolg, den der Vertreter der aus Südafrika ausgewiesenen Oesterreicher und Ungarn bei den Entschädigungsverhandlungen in London erzielt hat, als besonders groß hingestellt, insofern die von England gezahlte Abfindungssumme über 35 v. H. der österreichischen und ungarischen Forderungen betrage, während Deutschland nur 12,22 v. H. und Holland gar nur 5,30 v. H. ihrer Forderung erhalten hätten. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Diese Berechnung ist irreführend, denn sie zieht die Ansprüche auf Ersatz indirecten Schadens mit in Betracht, die zwar von vielen Ausgewiesenen und besonders von Deutschen erhoben worden sind, nach völkerrechtlichen Grundsätzen aber nicht haben berücksichtigt werden können. Giebt man, was allein ein richtiges Bild abgiebt, lediglich von dem angemeldeten directen Schaden aus, so ergiebt sich, daß 112 Oesterreicher und Ungarn 17 800 Pfund Sterling angemeldet und 15 000 Pfund Sterling erhalten haben, 190 Deutsche 40 182 Pfund Sterling bezw. 30 000 Pfund Sterling, 36 Russen 26 000 Pfund Sterling bezw. 4100 Pfund Sterling, 1139 Niederländer 173 216 Pfund Sterling bezw. 37 500 Pfund Sterling. Demnach hat Oesterreich-Ungarn dem Procentsatze nach allerdings etwas mehr als Deutschland erreicht; beide Länder aber stehen im Verhältnisse zu den Niederlanden und zu Rußland, das in der erwähnten österreichischen Berechnung ganz unzutreffender Weise als am meisten begünstigt hingestellt wird, etwa auf der gleichen Stufe. Wenn der Procentsatz für Deutschland etwas weniger günstig ist, als für Oesterreich-Ungarn, so erklärt sich dies im Wesentlichen aus dem Umstande, daß von den ausgewiesenen Deutschen eine größere Anzahl ihrer Betheiligung am Kriege wegen bei den Verhandlungen über die Abfindungssumme außer Betracht gelassen werden mußte. Dem zu berücksichtigenden directen Schaden entspricht, wie von vielen der Betheiligten anerkannt worden ist, die an Deutschland gezahlte Summe durchaus.

⊙ **Berlin**, 4. December. (Telegramm.) Im Gefolge des Kaisers auf seiner Fahrt nach Schlesien befinden sich Ober-Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, Flügeladjutanten Oberstleutnant von Böhn und Oberstleutnant Freiherr von Berg und Stabsarzt Dr. Ilberg.

⊙ **Berlin**, 4. December. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des Bundesrathes wurde dem Ausschußbericht über den Entwurf des Etats für den Reichs-Invalidenfonds zum Reichshaushaltsetat für 1902 in Verbindung mit der Resolution des Reichstages, betreffend die Etatisirung der Mittel für die Veteranenversorgung, ferner dem Ausschußbericht über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1902 und dem Ausschußbericht über die Entwürfe von Etats zum Reichshaushaltsetat für 1902, und zwar 1) für das Auswärtige Amt, 2) für die Reichsschuld, endlich dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1902 die Zustimmung ertheilt.

⊙ **Berlin**, 4. December. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: In einer hiesigen Zeitung wurde angedeutet, die Erörterungen über den Alldeutschen Verband im ungarischen Abgeordnetenhause seien vielleicht durch Aeußerungen des Reichskanzlers in einem Gespräche mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter beeinflußt gewesen. Diese Annahme ist unzutreffend. Graf v. Bülow bespricht mit dem Vertreter von Oesterreich-Ungarn interne Angelegenheiten des verbündeten Kaiserstaates ebenso wenig, wie er bereit sein würde, sich von dem Botschafter über innere deutsche Angelegenheiten interpelliren zu lassen.

⊙ **Berlin**, 4. December. (Telegramm.) Der Entwurf des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei fordert 261 630 ℳ fortdauernde Ausgaben gegenüber 233 280 ℳ im Vorjahre. Einmalige Ausgaben werden nicht gefordert. — In dem Entwurf eines Etats für Kiautschau werden die eigenen Einnahmen auf 360 000 ℳ gegenüber 300 000 ℳ im Vorjahre und der Reichszuschuß auf 12 168 000 ℳ gegenüber 10 750 000 ℳ im Vorjahre bemessen. Unter den mehr geforderten fortdauernden Ausgaben befinden sich für die Militärverwaltung 338 994 ℳ, davon für die Geldverpflegung der Marinetheile 191 670 ℳ (Zugang drei Oberleutnants, ein Leutnant, ein Roßarzt, 15 Unterofficiere, 110 Gefreite und Reiter, diese alle mit Ausnahme eines Oberleutnants für die Marine-Infanterie zur Bildung einer Marinereiter-Compagnie, ferner zur Verstärkung der Matrosen-Artillerie im zweiten Halbjahre ein Corvetten-Capitän, ein Capitänleutnant, zwei Oberleutnants, 16 Deckofficiere, Feldwebel, Vicefeldwebel, Oberartilleristenmate, Artilleristenmate, 159 Obermatrosenartilleristen und Matrosenartillerists), sowie für Versuchsformationen 55 000 ℳ (die zur Bildung einer Eingeborenentruppe angestellten Versuche sollen nach einer anderen Richtung als bisher fortgesetzt werden). Im Ganzen werden 5 083 303 ℳ fortdauernde Ausgaben gefordert gegenüber 4 383 399 ℳ im Vorjahre. Die Gesammtsumme der einmaligen Ausgaben beträgt 7 375 000 ℳ. Unter den Mehrforderungen befinden sich 515 000 ℳ zu Hoch- und Tiefbauten, sowie 350 000 ℳ zur Betheiligung an der Beschaffung einer elektrischen Centrale. Im Ganzen werden, nach Abzug von 180 000 ℳ Minderforderungen, 800 000 ℳ mehr gefordert.

— In einer Berliner Zuschrift der „Süddeutschen Reichscorrespondenz" wird hervorgehoben, daß die galizischen und tschechischen antipreußischen Demonstrationen angesichts der unantastbaren Bundestreue Oesterreichs nicht zu ernst genommen werden müssen. Sollte aber der Anspruch erhoben werden, auf Grund des Dreibundverhältnisses die preußische Polenpolitik zu controliren, so würde bei der parlamentarischen Erörterung sowohl in Wien als in Berlin über die Unmöglichkeit eines solchen Ansinnens kein Zweifel gelassen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.